

Antrag auf Zahlung des Bildungsbudgets nach §§ 7, 8 i.V.m. §§ 16,18 Weiterbildungsgesetz (WbG) zur Förderung von Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft für das Haushaltsjahr 20__

Gesetzliche Grundlage: Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen (WbG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 14.04.2000 (GV NRW 2000, S. 390 ff.) zuletzt geändert durch Gesetz zur Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes (WbG-Weiterentwicklungsgesetz) vom 08.07.2021

1. Antragsteller/in	
Name/Bezeichnung des Trägers	
Anschrift	Straße, Hausnummer, PLZ, Ort
Zentrale Telefonnummer	
Rechtsverbindliche Vertretung	Name/Funktion
Auskunft erteilt (bei Antragsteller/in)	Name/Telefon(Durchwahl)/E-Mail
Aktenzeichen der Bezirksregierung:	
Bankverbindung	Kontoinhaber/in:
	IBAN:
	Kreditinstitut:

Ich beantrage nach dem Weiterbildungsgesetz den Zuschuss basierend auf der nachfolgenden Zusammenstellung:

Für die Einrichtung	Name, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Kontaktdaten
Anschrift/en der Einrichtung/en im Kooperationsverband	Name, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Kontaktdaten

Eine Kopie des Kooperationsvertrags ist beigelegt¹.

Zahl der hauptamtlich oder hauptberuflich tätigen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (hpM) gem. §§ 7, 16 WbG	
Zahl der geplanten Unterrichtsstunden gem. § 22 Abs. 4 WbG	
Zahl der geplanten Teilnehmertage	

¹ Erläuterung: Vorlage des Kooperationsvertrags ist nur erforderlich, sofern es eine Änderung zum Vorjahr gibt.

Ich bestätige, dass der Unterschiedsbetrag gem. § 8 Abs. 2 WbG weiterbildungsbezogen eingesetzt wird.

Ich bestätige, dass sich meine Bildungsveranstaltungen vornehmlich an Personen, die in Nordrhein-Westfalen wohnen oder arbeiten, richten.

Ich bestätige, dass meine Veranstaltungen nach den örtlichen Verhältnissen so ausgewählt und eingerichtet sind, dass allen Interessierten, insbesondere Menschen mit Behinderungen, die Teilnahme möglichst erleichtert wird.

Ich weise folgendes anerkanntes extern zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem nach (siehe § 2 Abs. 3 WbG): _____

Es ist gültig bis: _____

Ich bin eine gem. WbG anerkannte Einrichtung.

Ich erkläre, dass vorgesehen ist, Maßnahmen nach § 17 WbG durchzuführen und beantrage die Entwicklungspauschale gem. § 18 WbG in Höhe² von _____ EUR für folgende Maßnahme(n), bitte nur Titel angeben:

_____ ³

Ich nehme gem. § 26 WbG am Berichtswesen Weiterbildung NRW teil; mir ist bekannt, dass eine Auskunftspflicht besteht.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift des antragstellenden Trägers / der Einrichtung (Name, Funktion)

² Dieser Zuschuss beträgt ab dem 1. Januar 2023 fünf Prozent des für die Einrichtung möglichen Höchstförderbetrages 2021, mindestens aber 10 000 Euro je Einrichtung.

³ Bei Kooperationen legen die Einrichtungen fest, wer den Antrag stellt und den Verwendungsnachweis führt.

Antrag auf einen pauschalierten Zuschuss zur Grundförderung für anerkannte Einrichtungen der politischen Bildung gem. § 16a Weiterbildungsgesetz (WbG) im Haushaltsjahr 20__

Name der Einrichtung _____
Aktenzeichen der Bezirksregierung _____

Ich bin eine seit dem Jahr _____ mit Aktenzeichen _____ anerkannte Einrichtung der politischen Bildung und beantrage einen pauschalierten Zuschuss zur Grundförderung gem. § 16a WbG in Höhe von _____ EUR.

Das Seminar-/ Bildungsprogramm liegt bei.

Ich bestätige, dass mindestens 75 Prozent der Bildungsveranstaltungen auf Angebote der politischen Bildung entfallen und dabei mindestens 75 Prozent der förderfähigen Angebote der politischen Bildung folgende Kernfelder behandeln:

1. Lebendige Demokratie - Partizipation – Medienkompetenz
2. Demographischer Wandel - Flexibilisierung der Lebensentwürfe - Modelle des zivilgesellschaftlichen Engagements
3. Schulisches Engagement - Lebenslanges Lernen - Bildungsberatung,
4. Menschenrechte - Politische Kultur - Zeitgeschichte
5. Zuwanderung und Integration
6. Internationale Politik und europäischer Einigungsprozess
7. Globalisierung - Marktwirtschaft – Sozialpolitik
8. Klimawandel und Entwicklung - lokale und globale Handlungsperspektiven.

Ich bin keine parteinahe politische Stiftung.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift des antragstellenden
Trägers/ der Einrichtung (Name, Funktion)